

Erster neue Völkerrechtsbruch trifft ebenso die Neutralen wie Deutschland. Die deutsche Regierung nimmt von der durch England geschaffenen neuen Lage Kenntnis und behält sich alle Maßnahmen vor.

Mit der Ausdehnung des Wirtschaftskrieges auf deutsche Exportgüter auf neutralen Schiffen macht England sich, wie bereits bei der Anknüpfung dieses Gewaltaktes festgestellt worden ist, eines neuen schwerwiegenden Bruchs des Völkerrechts schuldig. Bösig abwegig ist es, wenn London in diesem Zusammenhang von „Repressalien“ zu sprechen wagt. Repressalien können bekanntlich nur dann angewendet werden, wenn ein Bruch des internationalen Rechts vorliegt. Davon aber kann in bezug auf Deutschland nun und nimmer die Rede sein! Auch in diesem Krieg beachtet Deutschland streng die Bestimmungen des Völkerrechts, und das auch im Minenkrieg. Es ist eine Tatsache, daß das Gebiet unterhalb der englischen Küste nicht ein Gebiet internationaler Handelswege ist, sondern ein Operationsgebiet. Unsere Minen dienen der Bekämpfung der feindlichen Kriegsschiffe. Dazu aber sind wir berechtigt. Wenn englischerseits früher versucht worden ist, die Ansicht zu vertreten, daß Minen außerhalb der eigenen Hoheitsgewässer nicht gelegt werden dürfen, dann ist doch diese Auffassung im Haager Abkommen nicht anerkannt worden. Deutschland kann daher die neuen englischen Gewaltmaßnahmen als Repressalien nicht anerkennen. Nicht um Repressalien handelt es sich hier, sondern um einen offensiven Bruch des Völkerrechts durch England. England vergriff sich an neutralem Gut! Die Verantwortung für die Folgen aber, die sich aus diesem neuen brutalen Gewaltakt ergeben, hat die Regierung Chamberlains zu tragen.

## England geht mit seiner Piraterie zu weit

Das Seit der Toleranz kann reihen. Unter der Überschrift „Wie lange noch?“ nimmt die italienische Zeitung „Regime Fascista“ mit großer Schärfe gegen die neue englische Blockade die Stellung. Sie hebt vor allem zwei ernste Folgen. Erstens zeige sie, mit welchen Mitteln England diesen Krieg, den es kalt und entschlossen gemacht habe, führe, um den englisch-jüdischen Imperialismus zu stärken. England sei trotz der französischen Unterstützung ohnmächtig auf der Erde. Es sei in der Zukunft die unterlegen. Trotz seiner enormen Flotte sei es auch zur See nicht mehr unterlegen. Trotz seiner enormen Flotte sei es auch zur See ohnmächtig. Um nun seiner Welt Luft zu machen, habe es sich entschlossen, den deutschen Export zu blockieren, um die ganze Bevölkerung des Reiches anzuhungern. Dieses sei der Krieg für die Freiheit, dieses sei der Krieg der Humanität. Zweitens sei eine Folge des englischen Vorgehens eine unerschütterliche Verletzung des Völkerrechts. Zunächst stelle sie eine offene und brutale Verletzung der Interessen der Neutralen dar. Frankreich folge England auf diesem Wege der Rechtlosigkeit.

Es sei ferner, erklärt der Artikel, daß dieses englische Vorgehen von deutscher Seite ernste Antworten auslösen würde. Der Krieg würde dann immer stärker den gefährlichen Charakter annehmen, den Deutschland zu vermeiden verhofft habe. Wenn sich die deutsche Reaktion zum Schaden der Alliierten entscheiden würde, dann sei alles Wechselspiel zu spät.

Der Artikel schließt mit folgenden Sätzen: „Mit diesen Methoden einer echten Piraterie geht England zu weit. Es mag sich davon überzeugen, daß die neutralen Staaten nicht seine Dominien sind, noch zu übergehende Positionen darstellen. Das Seit der Toleranz ist zu kurz gespannt und kann auch reißen.“

## Englands Ausfuhrblockade völkerrechtswidrig

Kosten müssen nun die Neutralen tragen. Die holländischen Abendblätter befaßen sich sämtlich mit den sogenannten britischen Sanktionsmaßnahmen und veröffentlichten die Meinungen hierüber mit großer Aufmerksamkeit. Die meisten Blätter machen diese Maßnahme zur wichtigsten des Tages und verbinden sie mit großen Überbegriffen.

In den redaktionellen Stellungnahmen wird noch einmal zum Ausdruck gebracht, in wie hohem Maße die Neutralen unter diesen wirtschaftlichen Methoden der Alliierten zu leiden haben. Der „Maasbode“ stellt fest, daß durch die Neutralen die schwersten Opfer auferlegt werden. Das nationale „Dagblad“ überschreibt die Berichte in Ballekten über die ganze Breite der ersten Seite „Hollands Handel vernichtet — Wirtschaftskrieg auf Kosten der Neutralen“.

Eine sehr eingehende und völkerrechtlich unterlegte Darstellung bringt hierzu der „Nieuwe Rotterdamse Courant“, der den Versuch unternimmt, dem historischen Lauf der Entwicklung nach einmal zu folgen. Das Blatt stellt einwandlos fest, daß Verengungsmaßnahmen, wie sie hier durch die Alliierten angewandt werden, an sich unrechtmäßige Handlungen sind. Bei der Verletzung von Verengungsmaßnahmen, in denen das Wort eine Art Selbstverteidigung gegenüber Rechtsverletzungen der Gegenseite steht, sei jedoch maßgebend, ob diese Gegenseite sich tatsächlich etwas Rechtswidriges zuschulden habe kommen lassen, und hieraus ergebe sich die Frage, ob es richtig ist, daß Deutschland wegen seiner Seeräuberei etwas vorgeworfen werden könne. England verziehe sich bei der Rechtfertigung seiner angeführten „Verengungsmaßnahmen“ gegen den deutschen Export darauf, daß der durch Deutschland geführte Seeräuberei gegen die 8. Haager Konvention von 1907 verstoße. Es sei Tatsache, daß mit kurzen Worten nicht weniger als fünf Handelschiffe in der Nordsee durch Minen vernichtet seien. Diese Tatsache genüge aber keineswegs, um Repressalienmaßnahmen gegen Deutschland zu rechtfertigen. Hierzu müsse bewiesen werden, daß erhebe die Minen, durch die diese Unglücksfälle verursacht wurden, deutschen Ursprungs waren und zweifellos, daß die Minen im Widerspruch zu den völkerrechtlichen Bestimmungen von Deutschland gelegt wurden. Das Blatt stellt dann fest, es sei bisher noch immer nicht erwiesen, von wem die Minen kommen.

So dreie dann von Englands Recht auf Verengungsmaßnahmen wenig oder nichts übrig. Die britische Behauptung, daß die angeführten Verengungsmaßnahmen als Vergeltung gegen ein vorhergehendes Unrecht erfolgen, sei sogar in schwach, daß man die Annahme nicht unterbreiten könne, England wolle die Raubzüge der „Simon Bolivar“ und die dadurch entstandene Erregung dazu gebrauchen, um Maßnahmen durchzuführen, welche England schon lange geplant hatte, die es jedoch nicht anwenden konnte, weil sie gegen das Völkerrecht verstießen. Die Katastrophe der „Simon Bolivar“ habe dazu dienen müssen, um die Berechtigung für diese englischen völkerrechtlichen Maßnahmen zu begründen.

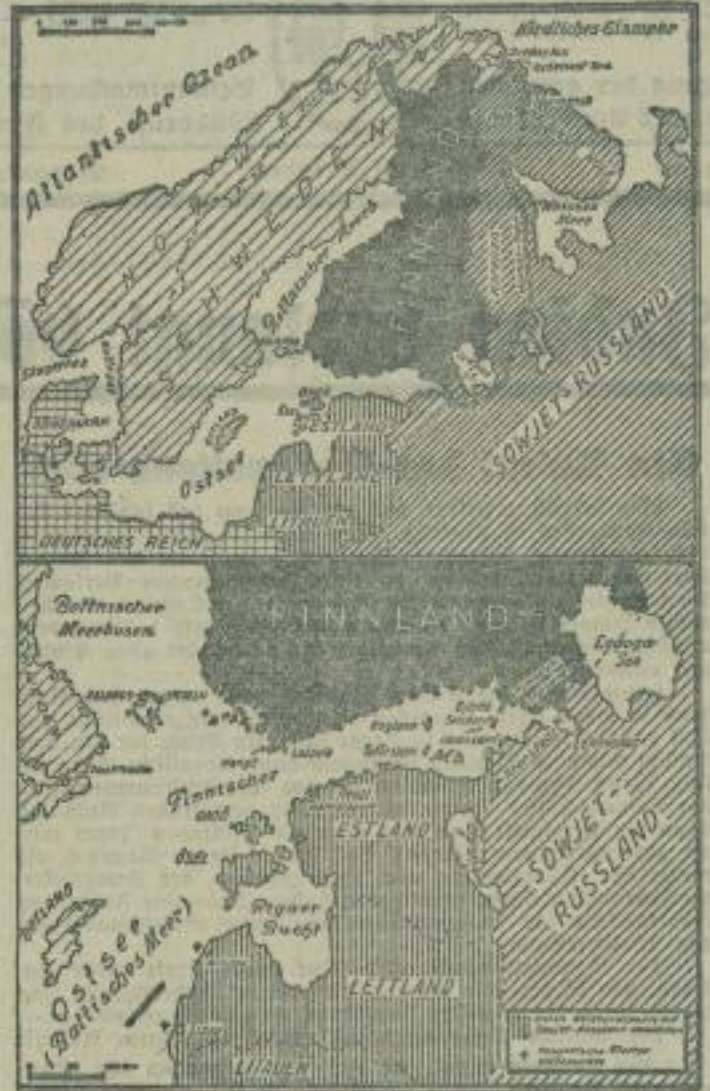
## Verkäufung der Sowjet-Truppen in Zentral-Asien

Das bulgarische Abendblatt „Seara“ veröffentlicht in großer Aufmachung eine Meldung über Truppenverkäufe in der Sowjetunion in Zentralasien und Transkaspien. Danach seien die dortigen sowjetischen Garnisonen beträchtlich verkleinert worden. Die Maßnahmen der sowjetischen Regierung wurden als Grund der kürzlichen Truppenkonzentrationen Frankreichs in Syrien, Englands in Mesopotamien und der Türkei an der Kaukasusfront angesehen.

# Die diplomatischen Beziehungen Sowjetunion-Finnland abgebrochen

Am Mittwoch um 22.30 Uhr Moskauer Zeit hat die Sowjetregierung durch den stellvertretenden Außenkommissar Botschafter dem finnischen Botschafter in Moskau eine Note überreicht, worin die Sowjetregierung ihren Beschluß bekanntgab, die diplomatischen Beziehungen mit Finnland abbrechen.

Die finnische Antwort auf die Note Molotows vom 28. November war bis zu diesem Zeitpunkt im Außenkommissariat noch nicht eingeangegangen.



(Ehner-Wagenborg - W.)

## Molotow über die Krise

Moskau, 30. November. Um 24 Uhr Moskauer Zeit hielt der Vorsitzende des Kommissariats und Außenkommissar Molotow über sämtliche sowjetische und Außenkommunikation eine kurze Ansprache zur gegenwärtigen sowjetisch-finnischen Krise, die als letzter Auswurf zu einer friedlichen Lösung des Konflikts bezeichnet werden kann. Molotow führte u. a. aus:

Das feindselige Verhalten der Politik der gegenwärtigen finnischen Regierung gegenüber der Sowjetunion habe die Sowjetregierung zu sofortigen Maßnahmen zum Schutze der Staatsicherheit gezwungen. Es sei bekannt, daß die Sowjetregierung im Laufe der letzten zwei Monate mit der finnischen Regierung Verhandlungen geführt hat, über minimale Forderungen zur Sicherung der Grenzen der Sowjetunion und insbesondere Leningrads. Die finnische Regierung habe sich jedoch von Anfang an gegenüber den friedlichen Vorschlägen der Sowjetunion unzugänglich gezeigt und sich nicht bemüht, eine Grundlage für ein Abkommen mit der Sowjetregierung zu finden. Die finnische Regierung habe im Gegenteil Wege beschritten, die im Interesse der Kriegsvorbereitung liegen. Angesichts aller Konjessionen der Sowjetregierung hätten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt.

In den letzten Tagen hätten sich an der sowjetisch-finnischen Grenze Provokationen der finnischen Militärs ereignet, die in der Verletzung von Abteilungen der Roten Armee ihren Ausdruck fanden. Die Verhütung der Sowjetregierung, Finnland zu warnen vor einer Wiederholung solcher Provokationen, hätten gleichfalls keinen Erfolg gehabt, sondern im Gegenteil zu neuen Grenzverletzungen geführt. Auf die Vorschläge der Sowjetregierung habe die finnische Regierung mit einer Weigerung geantwortet und mit einer strengen Bestreitung der Tatsache des Artillerieüberfalles der finnischen Truppen auf die Sowjettruppen. Die finnische Antwort habe die Absichten der roten, Leningrad auch weiterhin noch unter direkter Bedrohung durch die finnischen Truppen zu halten. Die finnische Regierung, die verstrickt sei in ihre Verbindungen zu den „Imperialisten“, wolle demnach überhaupt keine normalen Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten, und sei auch nicht gewillt, die Beziehungen des zwischen der Sowjetunion und Finnland bestehenden Nichtangriffspakts zu berücksichtigen.

Im Gefolge der neuen finnischen Provokationen an der sowjetisch-finnischen Grenze habe die Sowjetregierung deshalb folgende Maßnahmen für nötig erachtet:

1. Die — bereits bekannte — Aufkündigung des Nichtangriffspaktes mit Finnland, die in Anbetracht der beständigen Überfälle und Ausbreitungen der finnischen Truppen gegen die sowjetischen Grenztruppen notwendig geworden sei.
2. Da die Sowjetregierung die gegenwärtige Lage nicht länger hinnehmen könne, und die Bedrohung der Sowjetgrenzen und insbesondere Leningrads nicht weiter dulden könne, habe sie beschlossen, ihre politischen und wirtschaftlichen Vertreter aus Helsinki sofort abzurufen.
3. In Anbetracht der gegenwärtigen Krise habe die Sowjetregierung weiter an die Rote Armee und die Rote Flotte den Befehl erteilt, auf alle Übertrugungen von Seiten der finnischen Truppen gefaßt zu sein und neue Provokationen mit der Waffe abzuwehren.

Im Ausland seien, so fuhr Molotow fort, von sowjetischer Seite Gerüchte verbreitet, wonach die Sowjetunion Finnland erobern wolle bzw. mit dem gegenwärtigen Konflikt kriegerische Absichten gegen Finnland verfolge. Diese Gerüchte

erklärte Molotow nachdrücklich für absurd und böswillig, denn die Sowjetregierung habe keine derartigen Absichten.

Die Sowjetregierung sei vielmehr bereit, um ein gutes Verhältnis zu Finnland herzustellen, auch territoriale Zugeständnisse an Finnland zu machen. So könnten z. B. gewisse Gebiete Sowjetarealiens mit einer den Finnen kommensurablen Bevölkerung an Finnland abgetreten und mit dem finnischen Staat vereinigt werden. Dazu sei es allerdings erforderlich, daß die Position der finnischen Regierung gegenüber der Sowjetunion keine feindselige, sondern eine freundschaftliche wäre.

In anderen böswilligen Verleumdungen sei die Behauptung aufgestellt worden, daß die Sowjetunion sich in die inneren Verhältnisse Finnlands einmischen wolle. Demgegenüber betonte Molotow, daß die Sowjetregierung Finnland als unabhängigen Staat in bezug auf seine innere sowie seine äußere Politik anerkenne und an der Ansicht festhalte, daß das finnische Volk seine inneren und äußeren Angelegenheiten selbst entscheiden solle. Die Völker der Sowjetunion wünschten auch in Zukunft, daß das finnische Volk die Möglichkeit habe, sich freier und unabhängiger Entwicklung ungehindert zu entfalten.

Auch in Fragen der Beziehungen zwischen Finnland und anderen Staaten würde sich die Sowjetunion niemals einmischen wollen, denn sie sei der Ansicht, daß diese Fragen Finnland allein angehen. Dagegen müsse die Sowjetunion nachdrücklich auf ihre eigene Sicherheit und insbesondere auf den Schutz Leningrads bedacht sein, was sie auch als einziges Ziel in den verflochtenen Verhandlungen verfolgt habe.

Wir können nicht dulden, so sagte Molotow, daß unsere Sicherheit von dem bösen Willen der gegenwärtigen finnischen Regierung abhängt. Wir zweifeln jedoch nicht, daß eine positive Lösung dieser Aufgabe die Grundlage zu einer neuen Freundschaft zwischen der Sowjetunion und Finnland abgeben kann.

## Neue russisch-finnische Grenzverletzungen

Anteilige Mitteilung des Stabs des Leningrader Militärbezirks.

Der Moskauer Anbruch verbreitet eine amtliche Mitteilung des Stabs des Leningrader Militärbezirks, wonach sich an der sowjetisch-finnischen Grenze neue Zwischenfälle ereignet haben. Der erste Zwischenfall fand im äußersten Norden der Halbinsel Kola statt. Auf der Fischer-Halbinsel (an der nordatlantischen Küste) haben den neuesten russischen Meldungen zufolge fünf finnische Soldaten das Feuer auf eine Abteilung sowjetischer Grenztruppen eröffnet. Bei dem Versuch, die sowjetische Grenze zu überschreiten, wurden drei der Finnen gefangen genommen. Den beiden anderen gelang es, zu entkommen. Von sowjetischer Seite sind dabei keine Verluste zu verzeichnen gewesen. Den sowjetischen Grenzposten seien zwei Gewehre, ein Revolver, ein Feldstecher, mehrere Patronen sowie eine Haltenpistole als Beute in die Hände. Die sowjetischen Grenztruppen in diesem Grenzabschnitt sind auf Grund dieses Zwischenfalles verstärkt worden.

Unweit der Höhe 242 wurden in demselben Bezirk, wie aus Moskau weiter gemeldet wird, von finnischer Seite fünf Himmlerschiffe abgegeben. Der zweite Zwischenfall ereignete sich in Karelle im Bezirk Widiwan am Ladogasee. Dort wurden von finnischer Seite zwei Granaten abgeworfen, die 500 Meter weit auf sowjetischem Gebiet einschlugen. Eine kleinere Abteilung finnischer Infanterie, die die sowjetische Grenze überschreiten wollte, wurde auf sowjetische mit Maschinengewehrfiren empfangen und zurückgeschlagen.

## Englisch-russische Wirtschaftsverhandlungen fast gelahmt

Der Londoner Korrespondent der belgischen Agentur „Belga“ teilt mit, daß die englisch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen seit acht Wochen nicht den zureichenden Fortschritt gemacht haben. Die sowjetische Antwort auf das britische Memorandum vom 25. Oktober, in dem England gewisse Vorschläge gemacht habe, sei bis heute noch nicht eingetroffen.

## Nus unserer Heimat.

(Merkmal der Verhältnisse, auch ungeschicklich, verheeren.)  
Wilsdruff, am 1. Dezember 1939.

**Spruch des Tages**  
Leicht wird ein kleines Feuer ausgebrochen, das, erst geduldet, Ströme nicht mehr wehren. Shakespeare.

## Zubilden und Gedenktage

1. Dezember.  
1859: Der Kaiser Alfred stirbt in Düsseldorf gest. — 1916: (bis 5.) Entscheidungsschlacht am Argesius in Rumänien. — 1936: Anordnung nationalsozialistischer Kampfspiele für die jüngsten Reichsparteitage durch den Führer. Träger für Vorbereitung und Durchführung ist die SA.  
Sonne und Mond:

1. Dezember: S. 1. 7.46, S. 11. 15.51; M. 11. 11.05, M. 12. 21.09

## Bücher als Feldpostsendung

Die Hälfte seines Lebens wartet der Soldat vergebens, so schreibt Hanns Jöbstl in einem Geleitwort zu der Werbekollektion des Reichspropagandaministeriums für den Gedanken der Buch-Feldpostsendung. Nun kann man diese Zeit entschlagen, und man kann sie nutzen. Jede Wortzeit ist ein Stück Freiheit, und Freiheit kann man sich durch ein gutes Buch verschaffen, oder man kann sie mit Hilfe eines Fachbuches für sein Weiterkommen nutzen. Fragen aus der Wartezustand, fragt das nicht vorüberdenk, als die Zeit sinnlos totzuschlagen? Der Wäckermarkt wartet darauf, daß ihr euch weiter belehren und eure Wunden im Felde mit Wäckerern decken. Jedes Buch ist ein Freiheitskämpfer, der gewillt ist, seine Seite mit eurem Angehörigen draußen im Felde zu bestreiten.  
Als Ratgeber für Buchschicksale in die Front ist die Buch-Feldpostliste erschienen, die jedem die Auswahl der geeigneten Bücher erleichtert. Jeder Buchhändler stellt die Liste kostenlos zur Verfügung.

## Gintopferichte am 10. Dezember

Der Leiter der Wirtschaftsstube Gintopferichte, und Vorkampfbereitschaft hat angeordnet, daß am Ostermontag, dem 10. Dezember, in der Zeit von 10 bis 17 Uhr, in allen deutschen Gintopferichten folgende Gintopferichte angeboten und abgegeben werden dürfen: Rohschuppe mit Kartoffeln und Fleischschmalz, Viehfleischer Fleisch, Rohschuppen mit Fleischschmalz, Gemüsegemischtes nach Wahl oder vegetarisch. Letzteres als landmannschaftliches Gericht.